

Vertrauen nicht verspielen

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind von je her von besonderer Bedeutung. Nach dem Krieg und über Jahrzehnte hinweg haben sich die polnischen und deutschen Bischöfe, sowie führende Laien in beiden Ländern, große Verdienste um die Versöhnung erworben.

Plötzlich ist die politische Lage emotional so gespannt wie lange nicht mehr. Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen, um die Forderungen der Preußischen Treuhand und um den Beschluss des Sejm hinsichtlich Reparationsforderungen an Deutschland machen es offenkundig: Das Vertrauen, das in den vergangenen Jahren gewachsen ist, bleibt gefährdet. Es muss gepflegt werden. Hier ist auch die kirchliche Ebene gefordert. Bischöfe wie Laien haben eine große Verantwortung. Die Verbände, die diözesanen Räte bis zu den Pfarreien sind gefragt. Vertreter der jungen Generation müssen in die Fußstapfen der Älteren treten. Vieles geschieht schon, manches kann ausgebaut werden. Jedenfalls ist es an der Zeit, dass sich die Christen auf beiden Seiten zu Wort melden, um eine nachhaltige Klimaverschlechterung zu verhindern. Sie können am ehesten über die noch nicht verheilten Wunden der Vergangenheit sprechen.

Vor 15 Jahren, am 1. September 1989, blickten polnische und deutsche Katholiken zum 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen mit Genugtuung auf das Netz gewachsenen Vertrauens: "Zahlreiche Verbindungen zwischen katholischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland sind gewachsen, feste Freundschaften haben sich herausgebildet." Die Störmanöver der letzten Monate sollten uns herausfordern, unseren Beziehungen neuen Schwung zu geben.

Stefan Vesper

10. Jg. Nr. 5 25. Oktober 2004

Inhalt

Meilenstein auf dem Weg zu einem europäischen Katholizismus Jubiläum der Semaines Sociales de France in Lille Hans Joachim Meyer	2
Hilfe statt Verwaltung Wiedereingliederung erwerbsfähiger Arbeitsloser muss oberstes Ziel sein Andreas Lob-Hüdepohl	4
Leitidee für eine zukunftsfähige Rentenversicherung Rückbesinnung auf die Ideen Schreibers Anne Meurer	6
Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit Warum der Umgang mit belasteter Geschichte ebenso schwierig wie unumgänglich ist. Jörg Lüer	7
Der Globalisierung ein sympathisches Gesicht geben Weltjugend 2005 Knuth Erbe	9
Bauen am Reich Gottes Ein Buch zum Thema "Ehrenamt" Claudia Auffenberg	11
Wir müssen also nicht von Gerechtigkeit träumen 96. Deutscher Katholikentag Saarbrücken 2006 Detlef Stäps	12

Meilenstein auf dem Weg zu einem europäischen Katholizismus

Jubiläum der Semaines Sociales de France

Gemeinsam mit dem ZdK und weiteren europäischen Freunden haben die Semaines Sociales de France vom 23. bis 26. September im nordfranzösischen Lille ihr 100jähriges Bestehen gefeiert. Der Kongress stand unter dem Titel "Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft". Er wurde zu einem Meilenstein auf dem Weg zu einem europäischen Katholizismus.

Jubiläen feiern Geschichte. Aber der Sinn von Jubiläen besteht nicht allein in der Feier vergangener Ereignisse. Jubiläen blicken in die Vergangenheit zurück, um die Gegenwart besser zu verstehen. Zwar wiederholt sich die Geschichte nicht, aber sie stellt die Menschen vor ähnliche Herausforderungen. Als sich vor 100 Jahren Katholiken aus ganz Frankreich in Lille zu einem "Seminar der Lehre und der sozialen Praxis" zusammen fanden, wurden die europäischen Länder immer stärker von den sozialen Auswirkungen der Industrialisierung geprägt. Jede neue Zeit stellte neue Fragen. Christen bewähren sich in ihrem Glauben, in dem sie Antworten auf diese Fragen suchen und finden. Die Grundfrage lautet immer wieder: Wie kann der Geist der Menschlichkeit in der Gesellschaft bewahrt oder wieder hergestellt werden? Die Antwort auf diese Frage finden die Christen in der Botschaft des Glaubens. Die Geschichte stellt jedoch konkrete Fragen und verlangt konkrete Antworten. Solche Antworten finden die Christen nur im Dialog des Glaubens mit der Geschichte. Es war ein solcher Dialog, zu dem sich Laien und Priester, Praktiker und Wissenschaftler im Jahre 1904 in Lille versammelten.

Partner in Europa

Nach 100 Jahren blicken die Semaines Sociales de France auf eine zwar wechselvolle, aber insgesamt erfolgreiche Geschichte zurück. Auf diesem Weg, den der Altmeister der politischen Geschichtswissenschaft in Frankreich, Rene Remond, eindrucksvoll nachzeichnete, blieben auch den Semaines Sociales die tiefe Krise des franzö-

sischen Laienkatholizismus nach 1968 nicht erspart. Heute sind sie das stabilste und aktivste Element der französischen Laienbewegung. Aus einer jährlichen Weiterbildungstagung ist eine einflussreiche Stätte der Begegnung, der Reflexion und des Dialogs zu den großen Themen der Gesellschaft geworden. Trotz der geschichtlich gewachsenen Unterschiedlichkeit zwischen deutscher und französischer Laienarbeit stehen uns die Semaines Sociales de France nahe durch die Verbindung von klarer Eigenständigkeit der Laien und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Episkopat. Die französische Bischofskonferenz war durch ihren Vorsitzenden und durch viele Bischöfe präsent. Der Heilige Vater hatte Kardinal Etchegaray als seinen persönlichen Vertreter entsandt.

Öffentliche Wirkung

Den Semaines Sociales de France ist öffentliche Wirkung wichtig. Heute ist dies nicht zuletzt das Verdienst ihres politikerfahrenen Präsidenten Michel Camdessus, des früheren Generaldirektors des Internationalen Währungsfonds, und seines Vorgängers, des bekannten Journalisten Jean Boissonat. Durch ihre Beiträge zur Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung haben sich die Semaines Sociales, wie die Bürgermeisterin von Lille, die frühere Ministerin Martine Aubry, in ihrer Rede auf der Jubiläumsveranstaltung herausarbeitete, den Respekt weiter Kreise der französischen Öffentlichkeit erworben. Davon zeugte auch die in Lille verlesene Grußbotschaft des Staatspräsidenten Jacques Chirac - eine in der der Laizität verpflichteten Französischen Republik für ein katholisches Ereignis seltene Ehrung. Die Rolle der Semaines Sociales als öffentlicher Dialogpartner wurde unterstrichen durch das Auftreten des scheidenden Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, seines Vorgängers Jacques Delors und des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker.

Ein europäisches Ereignis

Die Jubiläumstagung in Lille war ein europäisches Ereignis. Das war schon in der Einladung zum Ausdruck gekommen, welche die Semaines Sociales de France zusammen mit ihren europäischen Freunden, darunter dem ZdK, ausgesprochen hatte. Es zeigte sich in der Zusammensetzung der Teilneh-

mer, denn neben den 3000 französischen Katholiken waren 1000 Katholiken aus ganz Europa gekommen. Es zeigt sich darüber hinaus in der Gestaltung der Foren, deren Podien durch viele Vortragende und Diskutanten aus anderen Ländern ein europäisches Gesicht hatten. Bei der Abschlussveranstaltung der Foren sprach u. a. der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus, der Mitglied des ZdK ist.

Im Zusammenhang mit dem europäischen Charakter des Katholikentreffens in Lille sei daran erinnert, dass die Einladung zur ersten Tagung der *Semaines Sociales de France* im Jahre 1904 Bezug nahm auf die Sozialen Seminare, die damals der Volksverein für das katholische Deutschland auf Initiative des Priesters Franz Hitze und des Industriellen Franz Brands in Mönchengladbach durchführte. Umgekehrt darf man nicht vergessen, wie viel die im Revolutionsjahr 1848 in Deutschland entstehende katholische Laienbewegung anderen europäischen Katholiken zu verdanken hatte.

Gemeinsame europäische Perspektive

Im zusammenwachsenden Europa ist die wechselseitige Anregung und die Zusammenarbeit der Katholiken von herausragender Bedeutung. Die Partnerschaft zwischen den *Semaines Sociales de France* und dem ZdK leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Sie ist zugleich eine Säule für den Aufbau einer kooperativen Struktur der katholischen Laien in Europa. Europa ist im Wandel - seine Politik, seine Wirtschaft und seine Kultur. Die europäische Einigung soll diesen Wandel ermöglichen und befördern und ihm zugleich einen Sinn und eine Perspektive geben.

Es bedarf also eines europäischen Bewusstseins. In einer freiheitlichen Gesellschaft entsteht ein öffentliches Bewusstsein nur im Diskurs, der die öffentliche Meinung bestimmt. Ohne europäische Öffentlichkeit gibt es keine europäische Gesellschaft und damit keine europäische Demokratie. Ohne europäische Demokratie gibt es wiederum kein vereinigtes Europa. Europa durchlebt einen einmaligen historischen Prozess, aber es hat weder Klarheit über seine geschichtliche Perspektive, noch ein Konzept über seine Rolle im Prozess der Globalisierung. Europa ist also auf der Suche nach Orientierung. Da wir dies als Chance der

europäischen Katholiken erkannten, formulierten wir unser "Manifest für ein europäisches Bewusstsein". Für uns war und ist dieses Manifest ein Angebot zum gemeinsamen Nachdenken und eine Einladung zum Gespräch. Der Sinn unserer Erklärung bestand also darin, die europäischen Katholiken zur aktiven Teilnahme an der Debatte über den Inhalt und die Richtung des europäischen Integrationsprojekts aufzufordern.

Aufbau eines informellen Netzwerks

Unsere Initiative ist auf lange Sicht angelegt. Dabei müssen wir die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen, Sichtweisen und Anliegen unter den europäischen Katholiken sehen. Sie ergibt sich aus der je eigenen Geschichte, aus dem dadurch bedingten Weg der Katholischen Kirche in den jeweiligen Ländern, aus der großen Bandbreite in der Strukturierung der katholischen Laienarbeit und aus der Vielfalt im Selbstverständnis katholischer Laien. Daher ist es nur möglich, ein informelles Netz katholischer Organisationen und Persönlichkeiten schrittweise zusammen zu führen und sich auf diesem Weg auf gemeinsame Standpunkte und Projekte zu verständigen. Zugleich ist es notwendig, die Etappen in der Entwicklung dieses Netzes mit Beiträgen zum öffentlichen Diskurs über die europäische Perspektive zu nutzen, damit die Katholiken das Gesicht der künftigen europäischen Gesellschaft mitprägen. Vor Lille waren solche Etappen unsere Kolloquien 2001 in Brüssel, 2002 in Berlin und 2003 in Krakau, es waren im Jahre 2004 unsere Beiträge zum Katholischen Kongress in Gnesen und zur Wiener Konferenz am Vorabend des Mitteleuropäischen Katholikentages sowie die europäischen Elemente in der Programmatik des 95. Deutschen Katholikentages in Ulm.

Zum Abschluss der Jubiläumsfeier in Lille haben wir deshalb in Absprache mit unseren europäischen Partnern für das Jahr 2006 nach Saarbrücken zum 96. Deutschen Katholikentag eingeladen. Der Saarbrücker Katholikentag wird das Gespräch europäischer Katholiken fortsetzen und unsere Zusammenarbeit vertiefen. Auf diese Weise bauen wir mit am gemeinsamen europäischen Haus und tragen bei zu seiner Architektur.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK

Hilfe statt Verwaltung

Wiedereingliederung erwerbsfähiger Arbeitsloser muss oberstes Ziel sein

Gerecht ist, was gleiche Rechte und Pflichten begründet, einen Ausgleich von Leistung und Gegenleistung gewährleistet, für alle eine Mindestausstattung an Grundgütern sichert sowie strukturelle Ursachen von ungleich verteilten Beteiligungschancen an der gesellschaftlichen Entwicklung abbaut. Ist das "Hartz IV" genannte Gesetz gerecht?

Im Zentrum von Hartz IV steht die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Betroffen sind solche erwerbsfähige Arbeitslose, die während ihrer vormaligen Erwerbsarbeit Ansprüche auf Lohnersatz aus der Arbeitslosenversicherung erwerben und nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes bislang die unbefristete Arbeitslosenhilfe (ALH) genießen konnten. Hartz IV senkt die Geldleistungen auf eine Grundsicherung, die der heutigen Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) entspricht. Im Gegenzug sollen eine verbesserte Betreuung durch Fallmanager sowie materielle Anreize die Wiedereingliederung des erwerbsfähigen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Die ALH ist einerseits eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die im Falle individuell vorliegender Bedürftigkeit des Arbeitslosen seinen Lebensunterhalt sichern soll. Andererseits folgt sie dem Prinzip der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung, insofern sich die Höhe ihrer Geldleistung am letzten Nettoeinkommen des Arbeitslosen bemisst. Damit bricht sie mit dem für staatliche Fürsorgeleistungen konstitutiven Prinzip der Bedarfsdeckung und privilegiert Empfänger von Arbeitslosenhilfe gegenüber Sozialhilfeempfängern. Folglich ist eine Zusammenlegung von ALH und Sozialhilfe im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes legitim. Wer anderes will (z. B. Staffelung der Leistungen, um die Länge erfolgter Beitragszahlungen zu berücksichtigen), muss dies über die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung regeln.

Stigmatisierung von Sozialhilfeempfängern beenden

Die Gleichbehandlung von Sozialhilfeempfängern und derzeitigen Beziehern von Arbeitslosenhilfe

bei Bedürftigkeitsprüfungen, bei Leistungen für Mehrbedarf oder Anrechnung von sonstigem Haushaltseinkommen und -vermögen ist legitim. Ähnliches gilt für ihre Pflicht, bei der Überwindung ihrer Hilfebedürftigkeit mitzuwirken und zumutbare Arbeit anzunehmen. Was einem Sozialhilfeempfänger zumutbar ist, muss auch einem Empfänger von ALG II zuzumuten sein oder es ist keinem zuzumuten. Einer Arbeit nachgehen zu müssen, die unter dem gewohnten Standard liegt, ist für viele eine Kränkung. Demütigend aber sind vor allem der Verlust des Arbeitsplatzes und die schmerzliche Erfahrung, nicht mehr selbst den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nicht die Gleichbehandlung mit Sozialhilfeempfängern missachtet die Würde von Empfängern jetziger Arbeitslosenhilfe, sondern die Stigmatisierung von Sozialhilfeempfängern als "gesellschaftlicher Ausschuss", zu der nicht wenige Arbeitslosenhilfeempfänger wie bürgerlich "Wohlanständige" beitragen.

Persönliche Hilfen, statt Geld- und Sachleistungen

Hartz IV verbindet zu Recht Fördern mit Fordern und unterstreicht den Vorrang aktivierender Hilfe vor den passiven Leistungen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, erwerbsfähige Arbeitslose wieder durch Erwerbsarbeit an der Sicherung ihres Lebensunterhalts zu beteiligen. Sinnvoll ist es deshalb, dass die konzentrierte Begleitung durch einen Fallmanager sowie die ersatzweise Einrichtung von (gemeinnützigen) Arbeitsgelegenheiten vorgesehen sind, die zugleich an effektive Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt sind. Doch in der Diskussion um Hartz IV wird zweierlei vergessen: Schon die Sozialhilfe kennt den Vorrang der persönlichen Hilfe (auch Unterstützungsleistungen bei der Eingliederung in Arbeit) vor den geldlichen und sächlichen Leistungen. Die Praxis erschöpft sich jedoch in der Gewährung von Geld- und Sachleistungen und begünstigt durch bloße Alimentierung die schleichende DSALZkörner, 25. Oktober 2004e-aktivierung vorfindlicher Eigenressourcen. Persönliche Hilfen bleiben - weil personalintensiv - außen vor. Wird dies zukünftig anders werden? Auch die Anreize zur Aufnahme von Arbeit durch Einstiegs-hilfen, (erhöhte) Freibeträge bei Erwerbsarbeit oder durch Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten übernimmt Hartz IV von der Sozialhilfe. Dabei wird verkannt, dass es in vielen Regionen keine Ar-

beitsplätze gibt und dass viele Arbeitsgelegenheiten entweder reine Handlangerdienste und "Beschäftigungstherapien" sind oder aber durch Mitnahmeeffekte gewitzter Arbeitgeber reguläre Arbeitsplätze bedrohen.

Kluft zwischen Armen und Reichen wird größer

Zwar ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für sich genommen legitim. Dennoch verschärfen sich soziale Ungleichheiten. Erwerbsfähige und -berechtigte Asylbewerber fallen noch tiefer: von ALH auf das Niveau der um 30 % gekürzten Sozialhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG). Insgesamt verstärkt die Absenkung der geldlichen Leistung im Rahmen der Grundsicherung für erwerbsfähige Arbeitslose die zunehmende Spreizung der Gesellschaft in arm und reich. Schon heute verfügen 37,9 % der Arbeitslosen über weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Viele dieser Arbeitslosen erhalten deshalb ergänzende Sozialhilfe. Doch auch das Niveau der heutigen Sozialhilfe und folglich des ALG II gilt lediglich als bekämpfte Armut. Armutsnahe Lebenslagen wie der prekäre Wohlstand (50% bis 75% des Durchschnittshaushaltseinkommens) werden nicht mehr erfasst, obwohl die hohe Mobilität zwischen relativer Armut und prekärem Wohlstand belegt ist.

Hartz IV erhöht das Armutsrisiko

Das Armutsrisiko von bisherigen Arbeitslosenhilfeempfängern wird durch Hartz IV erhöht. Das trifft besonders Langzeitarbeitslose, die nicht mehr von der zweijährigen gestuften Absenkung ihres ALG I auf das Niveau von ALG II profitieren, und damit verstärkt ältere Arbeitslose oder Arbeitslose in besonders strukturschwachen Regionen, die kaum mit einer Eingliederung in Arbeit rechnen können. Insofern sind die scharfen Proteste im Osten Deutschlands verständlich. Verständlich auch die Kritik an der undifferenzierten Schlechterstellung der Grundsicherung in Ost gegenüber West: hier muss die Höhe des Regelsatzes ähnlich regional differenziert werden wie bei der derzeitigen Sozialhilfe. Kontraproduktiv können zudem die verschärfte Berücksichti-

gung von Einkommen und Vermögen bei der Berechnung der Höhe von ALG II wirken. Was aus der Logik staatlicher Fürsorgeleistungen (individuelle Bedarfsprüfung, Nachrangigkeit der Hilfe) plausibel ist, ist für die Bekämpfung von relativer Armut und prekärem Wohlstands negativ. Wenn etwa Vermögen zur Alterssicherung beim ALG II hoch angerechnet wird, werden wichtige Ressourcen zerstört, auf die ein Hilfsbedürftiger im Alter zurückgreifen könnte. Unter dem Gesichtspunkt nachhaltiger Gerechtigkeit sind Freibeträge deshalb genau zu justieren.

Soziale Förderung Wohlhabender abbauen

Die Bundesregierung hofft auf Einsparungen für die Öffentliche Hand von ca. 13,6 Milliarden Euro (bei Ausgaben von ca. 44,3 Milliarden Euro) im Jahr 2007. Diese Kosteneinsparung geht weit über die eingeplanten Effizienzgewinne durch Eingliederung von Hilfebedürftigen in Arbeit hinaus. Angesichts der Lage öffentlicher Haushalte mag die vermiedene Höherverschuldung zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen beitragen. Ungerecht ist jedoch eine Verschärfung der Lebenslagen von Arbeitslosen, ohne dass bei der Subventionierung privater Lebenslagen von Wohlhabenden spürbar gekürzt wird. Hartz IV ohne Abbau von Steuerprivilegien, Abschreibungsmöglichkeiten, Verlustausgleiche usw. wird die Ungleichheit der Lebenslagen in Deutschland weiter verstärken, zumal privater Wohlstand erneut zur Verbesserung der eigenen Lebenslage investiert werden kann. Dies zu konstatieren hat nichts mit Sozialneid, viel aber mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Denn soziale Gerechtigkeit koppelt die legitime leistungsbezogene Spreizung von Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft an den Grundsatz, strukturelle Ursachen von Ungleichheit im Interesse der Menschenwürde aller abzubauen. Der Abbau sozialer Förderungen von Wohlhabenden setzt Mittel frei, die für eine effektive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden können: damit Fallmanager in Zukunft die bekämpfte Armut von Arbeitslosen nicht nur verwalten müssen.

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Rektor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Mitglied im ZdK

Leitidee für eine zukunftsfähige Rentenversicherung

Rückbesinnung auf die Ideen
Wilfried Schreibers

Wer sich erfolgreich orientieren will, vergewissert sich seines Ausgangspunktes, bestimmt das Ziel und richtet den Weg danach aus. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist das leichter gesagt als getan. Wir können den sozialpolitisch langen Weg nicht einfach verlassen, tun uns aber schwer, im Labyrinth der Detailregelungen den Leitfaden zu erkennen. Das ZdK ist davon überzeugt, dass es bei der Reform einer bewährten Leitidee bedarf und wird in seiner nächsten Vollversammlung im November einen Erklärungsentwurf zu dieser Thematik beraten.

Wilfried Schreiber formulierte für die Rentenreform 1957 ein Leitbild, dessen ordnungspolitische Elemente wir uns nutzbar machen können (Wilfried Schreiber, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, 1955. Schriftenreihe des Bundes Kath. Unternehmer e.V. Köln). Herzstück ist die Selbsthilfe-Maßnahme eines Solidarvertrags, den alle Erwerbstätigen miteinander schließen. Die Erwerbstätigen verpflichten sich, die Rentner mit zu ernähren, um im Alter von den dann Erwerbstätigen mit ernährt zu werden. Der Staat soll die Gesetze für den Solidarvertrag schaffen und sich nicht als Wohltäter aufspielen. Das Volk wiederum soll sich nicht als Kostgänger des Staates verstehen. Die Höhe von Beitrag und Leistung richtet sich nach dem Erwerbseinkommen. Sicherungsziel ist der Schutz vor Altersarmut, wobei die Renten im Guten wie im Schlechten an der dynamischen Wirtschaftsentwicklung teilhaben. Ein ausgewogenes Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern ist dafür notwendig, andernfalls müssen Korrekturen an den Renten, an der Altersgrenze oder am Beitragssatz vorgenommen werden. Die Rentenhöhe soll nicht zu hoch angesetzt sein, damit genügend Raum für private Vorsorge bleibt.

Notwendige Entscheidungen herbeiführen

Was bedeutet dieses Leitbild angesichts der veränderten Alters- und Erwerbsstruktur, der ungelösten Probleme auf dem Arbeitsmarkt mit der sich verschärfenden Schieflage zwischen Beitrags-

zahlern und Rentnern? Es mahnt Entscheidungen an, denen wir bisher aus dem Weg gehen. Wie schaffen wir es, alle Erwerbstätigen an der solidarischen Alterssicherung zu beteiligen, nachdem das klassische Arbeitnehmerverhältnis zu Gunsten anderer Erwerbsformen im Rückzug ist? Wie hoch soll künftig die Altersgrenze für den Renteneintritt sein? Wie viel Solidarität braucht unsere Gesellschaft? Die gesetzliche Rentenversicherung ist nach wie vor die beste Möglichkeit, Solidarität zu organisieren. Bei einer größeren Übereinstimmung von Steuer- und Beitragszahlern lässt sich der soziale Ausgleich transparenter innerhalb des Systems organisieren; die Staatszuschüsse könnten gesenkt werden.

Höherbewertung der Erziehungszeiten

Wie viel wollen wir uns die Alterssicherung kosten lassen und welches Sicherungsziel soll auf Dauer gelten? Mit dem Ziel der Vermeidung von Altersarmut steht und fällt das System. Die Armutsfestigkeit einer Rente orientiert sich heute an dem für die Grundsicherung festgelegten Existenzminimum von monatlich ca. 650 Euro (einschließlich Zuschussanteil für Miete). Diesem Betrag entsprechen etwa 30 Versicherungsjahre bei durchschnittlichem Arbeitsverdienst, der vor allem von Frauen nicht erreicht wird. Eine Höherbewertung der Erziehungszeit um ein Jahr je Kind und Mindestsicherungselemente könnten z.B. "dem Fall in die Tiefe" bei langjähriger Versicherungszugehörigkeit vorbeugen.

Mehr Investitionen in nachwachsende Generationen

Schreibers zweitem Kernstück eines Solidarvertrags der Erwerbstätigen mit der nachwachsenden Generation war kein Erfolg beschieden. Seitdem wir erschreckend niedrige Geburtenraten haben, ist uns bewusst, dass eine wirksame Familien- und Nachwuchspolitik auch Voraussetzung für die Alterssicherung ist. Wir müssen unter Verzicht an anderen Stellen wesentlich mehr in die nachwachsende Generation investieren. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern zählen dazu. Arbeit und Kinder sichern den Wohlstand und das Alter.

Dr. Anne Meurer, Berlin, bis 2003 Mitglied der Geschäftsführung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte - BfA

Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit

Warum der Umgang mit belasteter Geschichte ebenso schwierig wie unumgänglich ist.

Der Umgang mit belasteter Geschichte hat für Europa und weit darüber hinaus eine zentrale friedenspolitische Bedeutung.

Wer die Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis im Laufe dieses Jahres verfolgt hat, kommt nicht um die unerfreuliche Einsicht umhin, dass belastete Geschichte einen erheblichen Faktor bei der Auseinandersetzung mit konkreten politischen Alltagsfragen darstellt. Vor dem Hintergrund des rasanten Transformationsprozesses in Polen sowie der gesellschaftlichen Selbstverständnisdebatten in Deutschland kommt dem je eigenen Verhältnis zur Geschichte sowie dem Verhältnis der verschiedenen Geschichtswahrnehmungen zueinander eine erhebliche Rolle bei den jeweiligen Positionsbestimmungen im sich einigenden Europa zu.

Dialogischer Prozess auf europäischer Ebene

Soviel ist bei allen Unterschieden in den Definitionsversuchen deutlich geworden: Eine europäisch tragfähige Positionierung wird nur dann zu erreichen sein, wenn sie zum einen im Rahmen eines dialogischen Prozesses erarbeitet wird und zum anderen die erlittenen individuellen und gesellschaftlichen Verwundungen sowohl anzuerkennen, als auch in umfassender Weise in die Prozesse europäischer Gewaltgeschichte einzulernen imstande ist. Gerade die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen hat die beziehungsgeschichtliche Komplexität der zu behandelnden Fragen deutlich hervortreten lassen. Nationale Alleingänge erreichen nicht das geforderte Niveau und werfen das anwachsende europäische Verständnis in prekärer Weise zurück. Es gehört gerade zu den spezifischen Auswirkungen der zu erinnernden Geschichte, dass sie das Aufeinanderbezogensein der europäischen Gesellschaften spannungsreich verdeutlicht. Die Diskussionen um die Teilnahme des Bundeskanzlers am Gedenktag aus Anlaß des 60. Jahrestags der alliierten Landung in der Normandie mögen dies verdeutlichen. Die Art und Weise unseres Umgangs mit belasteter Geschichte sollte dem Rechnung tragen.

Erinnerungen nicht nivellieren

Dabei wird zurecht eingewandt, dass eine europäisierende Sicht auf die Geschichte, nicht um den Preis gewonnen werden dürfe, dass die jeweiligen in sich unterschiedenen Erinnerungszusammenhänge nivelliert würden. Die vielfältigen Formen der nationalen Erinnerungen gilt es, nicht im Europäischen aufzuheben, sondern vielmehr dort einzubetten. Es muss letztlich um ein dynamisches Verständnis der Verschiedenheiten gehen, das die grundsätzliche Offenheit für die Perspektive des Anderen beinhaltet. Wo es Opfer und Täter gab und gibt, darf es am Ende nicht nur Opfer oder Täter bzw. den Prozess geben. Weder ein Schuld beflissenes, die konkreten Taten nivellierendes "Alle waren Täter" noch die im letzten selbstmitleidige Feststellung "Alle waren irgendwie Opfer" werden den konkreten individuellen und gesellschaftlichen Verletzungen gerecht.

Sprachfähigkeit wiedererlangen

Ein Blick über die eigenen nationalen Erfahrungszusammenhänge hinaus, die, wie wir immer wieder erleben, in sich durchaus auch ein hohes Maß an Heterogenität aufweisen, zeigt, dass die Schwierigkeiten beim Umgang mit belasteter Geschichte keineswegs nur eine partikuläre deutsche Erfahrung sind. Ein Blick auf die gesellschaftlichen Debatten bei unseren Nachbarn - im polnischen Fall sei nur an die Debatten um Jedwabne, die Aktion Weichsel aber auch um die Bedeutung des Warschauer Aufstands 1944 erinnert - macht deutlich, dass die durch die Gewaltgeschichte ausgelöste gesellschaftliche Verunsicherung erheblich ist.

Auch die Situation in Bosnien und Herzegowina, um ein Beispiel anderer Aktualität zu nennen, macht deutlich, wie notwendig ein auf Versöhnung zielender Umgang mit der gewaltbelasteten Geschichte ist. Vertrauen in die Zukunft lässt sich nur gewinnen, wenn die Signifikanz der geschichtlichen Erfahrung für die Gegenwartsdeutung überwunden wird. Solange wesentliche Kriegsverbrecher noch nicht gefasst und verurteilt sind, kann von den Opfern und Überlebenden schwerlich verlangt werden, Vertrauen in die Herrschaft des Rechts zu fassen. Neben dem in dieser Form andauernden Unrecht kommt der gesellschaftlichen Fähigkeit zum Austausch eine wesentliche Funktion zu. Karl Jaspers hatte 1945/46 in seinen Vorlesungen zur Schuldfrage ausdrücklich darauf hingewiesen, wie zentral die Wiedergewinnung der Sprache, des

Der Globalisierung ein sympathisches Gesicht geben

Begegnung der Kulturen

Erstmals in seiner Geschichte findet der Weltjugendtag in Deutschland statt. Er wird mehr sein als ein spirituelles Ereignis mit Katechesen und großen Gottesdiensten. Worin kann seine gesellschaftliche Bedeutung liegen?

Hunderttausende junge Menschen, die begeistert an einer religiösen Großveranstaltung teilnehmen, Gottesdienste, deren Teilnehmerzahl die Millionengrenze weit überschreitet und mitten drin der alte Papst, der gefeiert wird. Bei jedem der Weltjugendtage in den letzten Jahren hat sich die Öffentlichkeit gefragt, was der Grund für den Erfolg dieser Veranstaltung ist und warum Papst Johannes Paul II. solche Zustimmung gerade von jungen Menschen auf sich zieht, ist doch das landläufige Image vor allem auch in Deutschland: Kirche und Jugend haben sich nur noch wenig zu sagen. Aber vielleicht liegt es am hohen Alter des Papstes, seiner persönlichen Glaubwürdigkeit und der besonderen Stimmung beim Weltjugendtag, dass kritische Anfragen nicht so deutlich im Vordergrund stehen. Nicht jeder, der dem Papst zujubelt, folgt ihm auch automatisch in allen Äußerungen.

Eine Erfolgsgeschichte

Die Weltjugendtage sind die größten Veranstaltungen der katholischen Kirche. Dabei haben sie durchaus kleiner angefangen. Bei den Weltjugendtagen, die zum ersten Mal 1985 aus Anlass des internationalen "Jahres der Jugend" der Vereinten Nationen stattfanden, haben sich anfangs nur sehr wenige tausend Jugendliche und junge Erwachsene in Rom und verschiedenen anderen Orten mit dem Papst getroffen. Seit Anfang der 90er Jahre ist dann die Zahl bei den Weltjugendtagen in Denver (USA) und vor allem in Manila drastisch angewachsen. Manila 1995 mit seinen mehreren Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern beim Abschlussgottesdienst war allein zahlenmäßig der absolute Höhepunkt der bisherigen Weltjugendtagsgeschichte. Mit den anschließenden Weltjugendtagen in Paris (1997), während des Heiligen Jahrs in Rom (2000) und im kanadischen

Toronto (2002) sind dann auch vermehrt Jugendliche und junge Erwachsene aus Deutschland zu den Weltjugendtagen gefahren. Dabei waren Jugendliche und junge Erwachsene aus den Diözesen, den Verbänden und den geistlichen Gemeinschaften an den Weltjugendtagen beteiligt.

Begegnung der Kulturen

Im nächsten Jahr wird der Weltjugendtag das erste Mal in Deutschland durchgeführt (11. bis 21. August 2005). Köln wird der Ort sein, an dem in der zweiten Woche die großen Veranstaltungen und Gottesdienste unter dem Motto "Wir sind gekommen Ihn anzubeten" mit dem Papst stattfinden werden, nachdem sich junge Menschen in der ersten Woche in allen deutschen Diözesen getroffen haben. Dabei werden hunderttausende von Jugendlichen aus fast allen Staaten der Erde in Deutschland zu Gast sein. Sie sind damit Botschafterinnen und Botschafter einer zusammenwachsenden Welt. Deutschland kann beim Weltjugendtag zeigen, dass es ein gastfreundliches Land und offen ist für die vielen Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Gerade die große Bandbreite aus den verschiedenen Staaten und Kulturen macht den Begegnungsteil des Weltjugendtags besonders wichtig. Deshalb haben die Verantwortlichen des Weltjugendtags, vor allem der durchführende Päpstliche Rat für die Laien, auf eine besondere Visa-Regelung gedrungen. Bei den letzten Weltjugendtagen ist immer wieder Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem aus afrikanischen Staaten die Einreise in die Veranstaltungsländer verweigert worden. Der Weltjugendtag hat aber den Anspruch, offen zu sein für Jugendliche aus allen Staaten, vor allem aber aus den ärmeren Weltregionen.

Für die katholischen Jugendverbände im BDKJ ist der internationale Aspekt des Weltjugendtags eines der wichtigsten Charakteristika. Hier wollen sie auch einen speziellen Beitrag leisten, indem bestehende Partnerschaften in die Begegnung einfließen und neue Partnerschaften entstehen, die über das Ende des Weltjugendtags hinaus wirken.

Tag des sozialen Engagements

Selbstverständlich ist der Weltjugendtag in erster Linie eine spirituelle Veranstaltung, bei der die Gottesdienste und Katechesen im Vordergrund stehen. Er ist aber ebenfalls eine große Chance für

die internationale Begegnung und ein Beitrag zur positiven Gestaltung der Globalisierung. Mit dem Weltjugendtag kann der Globalisierung ein fröhliches und sympathisches Gesicht verliehen werden. So ist auch die Aufforderung von Papst Johannes Paul II. an die Jugendlichen beim Weltjugendtag 2002 in Toronto zu stehen: Seid Baumeister einer Zivilisation der Liebe und der Gerechtigkeit. Der Weltjugendtag steht eben nicht nur für eine rein binnenkirchliche Fixierung, sondern will auch den Blick nach draußen weiten. Der Auftrag zur Weltgestaltung mit und durch junge Menschen gehört mit zu seiner Botschaft. Der Papst hat dieses in seinen Botschaften und Ansprachen während der Weltjugendtage immer wieder hervorgehoben. Diese Aussage gerät in der öffentlichen, aber auch kirchlichen Wahrnehmung immer wieder ins Hintertreffen. Um dem entgegenzuwirken, haben die Verantwortlichen seit dem Weltjugendtag 2002 in Toronto versucht, diesen Aspekt stärker zu implementieren. So wird beim Weltjugendtag 2005 in Deutschland ein Tag des sozialen Engagements durchgeführt, der das gemeinsame Handeln aus dem christlichen Glauben heraus erfahrbar machen soll. Die Feier des Glaubens und das Handeln aus dem Glauben sind aufeinander angewiesen. Die katholischen Jugendverbände im BDKJ, die besonders für diese Dimension des christlichen Glaubens stehen, werden hier einen wichtigen Beitrag liefern.

Nicht nur für Jugend

Mit den vielen jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dem Papst und den vielen Kardinälen und Bischöfen aus der ganzen Weltkirche wird der Weltjugendtag im nächsten Jahr das kirchliche Highlight in Deutschland werden. Die Öffentlichkeit wird im Sommer 2005 auf die katholische Kirche in diesem Land schauen, und das Bild der Kirche wird in der weiteren Zukunft auch vom Gelingen des Weltjugendtags abhängen. Der Weltjugendtag ist somit nicht nur eine Veranstaltung, die die kirchliche Jugendarbeit tangiert, sondern er liegt in der Verantwortung der gesamten Ortskirche in Deutschland. Er ist auch eine Chance für das ganze Land, sich als gastfreundlich und aufgeschlossen zu erweisen.

Nachhaltige Wirkung

Selbstverständlich kann bei der Durchführung des Weltjugendtags auch kritisch hinterfragt werden, ob der sehr große Aufwand in einem realistischen Verhältnis zum erwarteten Ergebnis stehen wird. Der organisatorische, konzeptionelle und natürlich auch finanzielle Aufwand ist erheblich und führt die deutsche Ortskirche auch an ihre Grenzen. Umso höhere Erwartungen sind deshalb auch mit dem Weltjugendtag verknüpft. Das kirchliche Leben soll in Deutschland deutlich lebendiger werden, und auch bei den geistlichen Berufungen erhoffen sich viele einen spürbaren Zuwachs. Der Weltjugendtag kann aber nicht die Lösung aller pastoralen und kirchlichen Probleme unserer Ortskirche sein. Man kann nicht alle Hoffnungen und Sehnsüchte auf ihn projizieren. Das würde diese Veranstaltung deutlich überfordern. Der BDKJ hat vor den zu starken Erwartungen immer gewarnt. Aber der Weltjugendtag in Deutschland soll ein Weltjugendtag mit Wirkung sein. Er kann und wird dann zu einer Wirkung führen, wenn es gelingt, die Erfahrungen des Weltjugendtags auch wieder in den Alltag zu übertragen. Der Weltjugendtag ist nicht das alleinige Ziel aller kirchlichen Jugendarbeit. Es hat auch schon vorher das Engagement von jungen Menschen gegeben und dieses wird es auch nach dem Weltjugendtag weiterhin geben. Verbunden mit der Diskussion um die Rolle des Weltjugendtags ist auch die Frage nach der Bedeutung des Events in der kirchlichen Jugendarbeit. Ist er eine Alternative zur alltäglichen Arbeit oder eine sinnvolle Ergänzung, und lässt sich der Weltjugendtag überhaupt mit dem Begriff Event beschreiben? Die Erfahrungen zeigen, dass der Weltjugendtag ein wichtiger Zwischenschritt für die kirchliche Jugendarbeit ist und diese Bedeutung auch behalten wird.

Der Weltjugendtag dient der Aufgabe, mit jungen Menschen Glaube und Kirche zu leben und eine weltweite Gemeinschaft erfahrbar zu machen. Wenn er mit diesem Anliegen gestaltet wird, wird er auch in Deutschland nicht ohne Wirkung bleiben.

Knuth Erbe, Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Mitglied im Organisationskomitee des XX. Weltjugendtags, Mitglied des ZdK

Bauen am Reich Gottes

Ein Buch des Arbeitskreises Pastorale Grundfragen

Neue und überraschende Perspektiven zu einem alten, aber stets aktuellen Thema zeigt ein Buch, das aus den Beratungen des ZdK-Arbeitskreises für pastorale Grundfragen entstanden ist.

Wer das neue Buch von Hans-Georg Hunstig, Magdalena Bogner und Michael N. Ebertz in die Hand bekommt, könnte angesichts des Titels: "Kirche lebt. Mit uns. - Ehrenamtliches Laienengagement aus Gottes Kraft" (Klens-Verlag, Düsseldorf) schnell den Eindruck bekommen, dass hier wieder einmal ein paar Aufrechte angetreten sind, um der Welt eindringlich, aber nicht ohne Larmoyanz vor Augen zu führen, wie wichtig das Ehrenamt für Kirche und Gesellschaft ist.

Ehrenamt Classics

Tatsächlich geht es auch darum, aber das Buch ist eine weitgehend Larmoyanz-freie Zone. Gott sei Dank! Erreicht wird dies durch das Konzept des Buches. Im ersten Teil werden zunächst 30 Projekte vorgestellt, die von Ehrenamtlichen entwickelt, ins Leben gerufen und getragen werden. Dabei sind "Ehrenamt Classics", wie z. B. eine Bahnhofsmision, eine Telefonseelsorge, eine Hospizgruppe und die Arbeit in einem Liturgiekreis, aber auch neue, ungewöhnliche Projekte wie das Coaching-Programm für Ehrenamtliche des BDKJ-Diözesanverbandes Fulda, das Nachtcafé in Dresden oder die ökumenische Kinderzeltstadt "HöVi-Land" bei Köln. Gerade letzteres Beispiel zeigt, wie viel mitreißende Kraft in einem ehrenamtlichen Projekt stecken kann: Wenn die Ferien ausbrechen und die sozial Schwachen das Land für sich haben, dann entsteht in dem Kölner Stadtviertel Höhenberg und Vingst eine große Kinderzeltstadt. Und neben den beiden Kirchen packen noch andere mit an: die Karnevals-, die Kleingärtner- und die Sportvereine. HöVi-Land und die 29 andere Beispiele haben - so unterschiedlich sie sind - zwei Dinge gemeinsam. Zum einen ermutigen sie zum Nachahmen. Oder, um es einmal weniger religionspädagogisch zu formulieren: Sie wecken in dem engagierten Katholiken, der ja immer auch ein großer Jäger und Sammler ist, eine kreative Unruhe: Wäre das nicht etwas für uns? Zum anderen machen sie auf das Wesen des Ehrenamts aufmerksam: die Reaktion. Ehren-

amtliches Engagement hat seine Wurzel darin, dass Menschen ein Problem erkennen, für das niemand zuständig ist und es anpacken.

Theologische Perspektiven

Der zweite Teil des Buches behandelt das Thema aus verschiedenen theologischen Perspektiven: biblisch, fundamentaltheologisch, pastoraltheologisch und - ja sogar diese - kirchenrechtlich. Dorothea Sattler etwa führt aus, dass es von Anbeginn die Idee Gottes war, den Armen beizustehen. "Die Dienstgemeinschaft der Geschöpfe untereinander", so schreibt sie, sei schon zu Israels Zeiten "praktizierte Gotteserkenntnis" gewesen. Und Hanneliese Steichele erläutert, dass es ehrenamtlich engagierte Gläubigen ebenfalls schon zur Zeit des Alten Bundes gegeben habe, Menschen nämlich, die keine Amtsträger waren, die aber für die Geschichte Israels eine große Bedeutung haben. Damals allerdings nannte man diese Leute nicht "ehrenamtliche Engagierte", sondern - Propheten. Dies wundert nur auf den ersten Blick. Denn was zeichnet die Propheten aus: Sie waren Menschen, die ein Problem erkannt und darauf reagiert haben.

Optionen für die Zukunft

Im dritten und vierten Teil des Buches schließlich geht es um die Zukunft des Ehrenamtes. Michael N. Ebertz geht dem Thema zunächst aus soziologischer Sicht nach: Woher kommt das Ehrenamt überhaupt? Was sind das für Leute, die sich angesprochen fühlen? Wie hat sich das Ehrenamt verändert? Ebertz stellt dar, dass es eher Menschen aus gesicherten und etablierten Verhältnissen sind, die sich engagieren. Dies ist für ihn durchaus Anlass zur Sorge. Denn es könnten soziale Ungleichheiten verstärkt werden, nämlich dadurch, dass das ehrenamtliche Engagement - wie ja auch gewünscht - zunehmend gesellschaftliche Anerkennung erfährt, von der jemand, der sich nicht engagiert, dann eben ausgeschlossen ist. Eine Option für die Zukunft ist es demnach, "auch die Frustrierten und Erfolglosen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und zu qualifizieren". Diese und andere Ergebnisse Ebertz' aufgreifend schließt das Buch mit Handlungsempfehlungen zur Förderung des Ehrenamtes, die vom Ständigen Arbeitskreis "Pastorale Grundfragen" des ZdK vorgelegt werden. Darin werden Rahmenbedingungen beschrieben, die der AK für die Zukunft des Ehrenamtes als wichtig ansieht. Man ahnt: Es bleibt spannend!

Claudia Auffenberg, Journalistin

Wir müssen also nicht von Gerechtigkeit träumen

Überlegungen zu einer Thematik

Ort und Zeitpunkt prägen die Thematik und damit das Programm eines Katholikentags. Welche Impulse können von der Stadt Saarbrücken ausgehen, wo vom 24. bis 28. Mai 2006 der nächste Katholikentag stattfindet?

Bei meinem letzten Besuch in der Stadt unseres nächsten Katholikentags zeigte sich mir ein Ort, der viele schöne Winkel aufweist, an die man als Nicht-Saarländer keineswegs sofort denkt, wenn man den Namen Saarbrücken hört. Dazu gehören der Ludwigsplatz mit dem wunderschönen Barockensemble um die Ludwigskirche, der Platz vor der St. Johann-Basilika, der Platz vor der Stiftskirche St. Arnual (natürlich mit den jeweiligen Kirchen), der Johanner Markt und der Schlossplatz. Daneben prägen aber auch ganz andere Bilder den Eindruck von dieser Stadt. Ich sah auffallend viele Geschäfte mit Ramsch-Produkten (böse Zungen nennen diese bereits "Hartz IV-Geschäfte"), viele Menschen, die nicht gerade im Gucci-Outfit durch die Stadt flanieren, oder solche, die vom Leben an den Rand der Gesellschaft gespült wurden und nun mit einer Bierflasche in der Hand an den Straßenrändern sitzen.

Gerechtigkeit im Mittelpunkt

Daraus ergibt sich ohne Zweifel die Notwendigkeit eines klaren sozialen Akzentes für den gesamten Katholikentag. Unterstützend kommt hinzu, dass der Name Saarbrücken in Deutschland vielfach mit der Krise im Bergbau und in der Stahlindustrie assoziiert wird. Die soziale Frage, die sich hier besonders drängend stellt, wird sich aller Voraussicht nach bis 2006 eher noch zuspitzen. Der Katholikentag muss sich dieser Frage unbedingt stellen und es ist gut, dass der gastgebende Bischof von Trier, Prof. Dr. Reinhard Marx, dies auf kompetente Weise tut. Es wäre deshalb sinnvoll, den Katholikentag auf soziale Themen um Begriffe wie Solidarität und Gerechtigkeit zu fokussieren. Gerade der Begriff der Gerechtigkeit ist dabei besonders geeignet, in den Mittelpunkt des Programms gestellt zu werden, weil er viele unterschiedliche Dimensionen aufweist und diese in den Katholikentag einbringt. Gerechtigkeit ist in der Bibel zunächst ein personaler Beziehungsbegriff. Er drückt im Alten Testa-

ment die Bundestreue Gottes gegenüber Israel, aber auch die Bundestreue Israels gegenüber Gott aus. Im Neuen Testament geht es immer auch um Gerechtigkeit Gottes, die sich im Heilshandeln Christi ausdrückt. Ist der Mensch "richtig" in der Welt und vor Gottes Angesicht, dann führt diese Gerechtigkeit Gottes zur Gerechtigkeit des Menschen. So geht es bei der Gerechtigkeit des Menschen natürlich auch um dessen Beziehung zu anderen Menschen, um sein soziales Verhalten und um die soziale Struktur der Gesellschaft und das Verhältnis der Staaten untereinander. Zentral bleibt dabei aber im christlichen Sinn immer die Annahme der Gerechtigkeit Gottes. Gerechtigkeit des Menschen ist dann eigentlich nichts anderes als die Verwirklichung der Liebe Gottes.

Auftrag des Menschen

So ergibt sich aus dem Gerechtigkeitsbegriff zunächst eine vertikale Ausrichtung auf Gott hin. Aber in ihm ist genauso auch die horizontale Ausrichtung auf die anderen Menschen und die ganze Menschheitsfamilie hin enthalten. Unter dem Gerechtigkeitsbegriff gibt es schon bei einem ersten Brainstorming viele Veranstaltungsideen von der Theodizée bis zum Generationenvertrag, von der Rechtfertigung bis zum sozialen West-Ost-Gefälle, vom Gottesbild in den anderen abrahamitischen Religionen bis zur Globalisierung. Alle diese Themen könnten in Saarbrücken nicht nur von Deutschen untereinander, sondern auch gemeinsam mit den europäischen Nachbarn diskutiert werden, weil die Lage und Geschichte der Stadt, ja sogar ihr Name, dazu einlädt, die Brücken zu unseren europäischen Freunden auszubauen. Durch unser gemeinsames Gespräch und Gebet, Feiern und Diskutieren kann Saarbrücken in einem Europa der überwundenen Grenzen zu einem Synonym für Begegnung und Dialog zwischen den europäischen Katholiken werden.

Und was ganz wichtig ist: Gerechtigkeit ist im biblischen Sinn zwar immer Geschenk Gottes und auf die eschatologische Vollendung angewiesen, wird aber jenen zuteil, die sich darum mühen. Gerechtigkeit beginnt also "jetzt", in der Annahme der Gerechtigkeit Gottes durch den Menschen und in deren Umsetzung im menschlich gestalteten Bereich. Wir müssen also nicht von Gerechtigkeit träumen...

Dr. Detlef Stäps, Geistlicher Rektor im Generalsekretariat des ZdK















